

Auch zu diesen Themen bietet die GEW Unterstützung vor Ort!



Gefährdungsbeurteilung



Gefährdungsanzeige



Mehrarbeit/Mehrleistung



Remonstration

Für die GEW:



Sybilla Hoffmann  
sybilla.hoffmann@gew-rlp.de



Carsten Jung - HPR  
carsten.jung@gew-rlp.de



Klaus Schabronat - BPR  
klaus.schabronat@gew-rlp.de



Ilka Dahlmanns  
ilka.dahlmanns@gew-rlp.de



Rudolf Blahnik  
rudolf.blahnik@gew-rlp.de



Verena Maurer - HPR  
verena.maurer@gew-rlp.de



Christiane Dillenberger - BPR  
christiane.dillenberger@gew-rlp.de



Kai Conzemius  
kai.conzemius@gew-rlp.de



08\_2022-1

## Fachgruppe Gymnasien

Text:  
Kai Conzemius,  
Klaus Schabronat,  
Christiane Dillenberger,  
Verena Maurer



Gewerkschaft  
Erziehung und Wissenschaft  
Rheinland-Pfalz

Martinsstraße 17  
55116 Mainz

Telefon: 06131 28988-0  
Fax: 06131 28988-80  
E-Mail: [gew@gew-rlp.de](mailto:gew@gew-rlp.de)

[www.gew-rlp.de](http://www.gew-rlp.de)  
[www.facebook.com/GEW.RLP](https://www.facebook.com/GEW.RLP)  
[twitter.com/gew\\_rlp](https://twitter.com/gew_rlp)

## Informationen und Positionen zum Schuljahresbeginn 2022/23

### Auswirkungen des Ukraine-Kriegs

An allen Schulen des Landes sind die Folgen des Ukraine-Kriegs spürbar. Stand 3. Juni 2022 waren bereits mehr als 8.000 Schüler:innen ukrainischer Herkunft an rheinland-pfälzischen Schulen angemeldet, davon knapp 1.500 an Gymnasien. Planungen des Ministeriums für Bildung beziehen die Entwicklung im Hinblick auf die steigenden Schülerzahlen in die personelle Ausstattung für das kommende Schuljahr 2022/23 mit ein, jedoch muss die tatsächliche Situation vor Ort stärker in den Fokus rücken, um die Kolleg:innen im Schulalltag zu entlasten und eine Integration der ukrainischen Schüler:innen zu ermöglichen.

Ukrainische Schüler:innen müssen zuerst ausreichende Deutschkenntnisse erwerben können, bevor sie am Regelunterricht teilnehmen. In der Praxis werden die an den Gymnasien ankommenden Schüler:innen aufgrund des Mangels an Fachpersonal im Bereich der Sprachkurse mancherorts für weit mehr als die Hälfte ihrer Unterrichtszeit in den Regelunterricht geschickt. Dort können sie sich aufgrund der fehlenden Sprachkenntnisse in Deutsch und/oder Englisch teilweise kaum mit den Mitschüler:innen verständigen, was den Prozess der Integration in die Klassengemeinschaft sehr schwierig macht. Es ist erfreulich, dass das Ministerium für Bildung hier versucht, Personal für die Beschulung und Unterstützung von Kindern und Jugendlichen aus der Ukraine per Ausschreibung zu werben, jedoch muss es sofort praktikable Lösungen vor Ort geben! Deutsch-Intensivkurse müssen flächendeckend und in einem ausreichenden Umfang an allen Schulen angeboten werden, damit die Integration zugewanderter Schüler:innen, egal welcher Nation, gelingen kann. Hierzu muss das finanzielle oder personelle Budget aller Schulen so erhöht werden, dass die zugewanderten Schüler:innen möglichst viele Stunden der täglichen Unterrichtszeit in einem Deutsch-Intensivkurs verbringen, bis sie ausreichende Deutschkenntnisse erlangt haben. Qualifizierte Lehrkräfte könnten diese Angebote kurzfristig betreuen, wenn dafür zur Vertretung des Regelunterrichts dieser Lehrkräfte entsprechende personelle oder finanzielle Kapazitäten zur Verfügung gestellt werden. Auf Dauer muss eine Verstärkung durch Schaffung von Planstellen und die Möglichkeit der Qualifizierung für interessierte Lehrkräfte im Bereich der Sprachkurse (DaF/DaZ) an allen Gymnasien erfolgen!

### Gewerkschaftstag der GEW: Gemeinsam für ein zukunftsfähiges Gymnasium

Die GEW hat auf ihrem Gewerkschaftstag bekräftigt, dass sie nicht nur die programmatische Kraft hat, um unser Bildungssystem so weiterzuentwickeln, dass Schule die wachsenden Anforderungen bewältigen kann, sondern auch die Kraft der im Bildungssektor Beschäftigten bündelt, um gemeinsam für gemeinsame Ziele zu kämpfen.

Die gesamte GEW, also Beschäftigte in allen Zweigen unseres Bildungssystems, Erzieher:innen, Lehrende an Hochschulen, Lehrkräfte aller Schulformen, hat sich auf dem Gewerkschaftstag hinter die Forderungen der Fachgruppe Gymnasium gestellt.

Gewerkschaft  
Erziehung und Wissenschaft  
Rheinland-Pfalz  
Martinsstraße 17  
55116 Mainz

Telefon: 06131 28988-0  
Fax: 06131 28988-80  
E-Mail: [gew@gew-rlp.de](mailto:gew@gew-rlp.de)

[www.gew-rlp.de](http://www.gew-rlp.de)  
[www.facebook.com/GEW.RLP](https://www.facebook.com/GEW.RLP)  
[twitter.com/gew\\_rlp](https://twitter.com/gew_rlp)

## Gemeinsam kämpfen wir als GEW für

- Abschaffung der ZAG-Stunden,
- Rückkehr zu vollen 13 Schuljahren,
- Absenkung der Klassenmessenzahlen,
- eine Aufstockung der Mittel für multiprofessionelle Teams in den Schulen, also mehr Sozialarbeiter, Kinderpsychologen, Sprachförderlehrkräfte, IT-Fachkräfte,
- Wiederherstellung des zweijährigen Vorbereitungsdienstes,
- eine Absenkung des Deputats.

Der Grundgedanke, dass wir als GEW nicht mit den Vertretungen der anderen Schulformen um die zu wenigen Mittel im Bildungshaushalt konkurrieren, sondern mit ihnen gemeinsam für einen Bildungshaushalt kämpfen, der alle Schulen mit den nötigen Mitteln ausstattet, durchzog auch den Gewerkschaftstag: Gemeinsam für bessere Bildung in unserem Land!

## Schule der Zukunft

Im Frühjahr dieses Jahres hat das Ministerium zu einem groß angelegten Beteiligungsprozess "Schule der Zukunft" aufgerufen. Es ist zwar als positiv anzusehen, dass die Schulen in den Prozess einbezogen werden und nicht vorgegebene Konzepte verpflichtend umgesetzt werden sollen, trotzdem stellt sich nach den vergangenen Jahren, in denen wir alle über das Normalmaß gefordert waren, die Frage, wieviel Energie für Schulentwicklung im laufenden "Ausnahmebetrieb" überhaupt noch vorhanden ist. Vor allem, wenn ein solches Projekt innerhalb weniger Wochen von den Schulen aus dem Boden gestampft werden soll. Dass Veränderungen jedoch notwendig sind, haben die Erfahrungen der letzten Jahre gezeigt. Genauso wie die Einsicht, dass Lehrkräfte und Schulleitungen Freiräume und die notwendigen Ressourcen benötigen, um diese Entwicklungsprozesse zum Wohle der Schulgemeinschaft angehen zu können.



Im Rahmen einer Fachtagung wollen auch wir uns mit verschiedenen Aspekten einer veränderten Lern- und Lehrkultur auseinandersetzen. Deswegen lädt die GEW Rheinland-Pfalz zu einer Fortbildung mit dem Thema „Schule MIT Zukunft - anders lehren und lernen“ am 05. Oktober 2022 nach Landau ein.

## Veränderungen in der Abiturprüfungsordnung

Die GEW Rheinland-Pfalz sieht die Ausweitung der zentralen Aufgabenteile kritisch.

Ohne, dass es evidenzbasierte Untersuchungen gibt, die den Vorzug der zentralen Prüfungselemente belegen, gibt die KMK den Vereinheitlichungstendenzen der Politik nach. Es wird so getan, als sei ein zentrales Abitur „gerechter“ als eine von den Fachlehrer:innen entwickelte Aufgabenstellung - Die Erfahrungen aus Rheinland-Pfalz belegen dies aus unserer Sicht nicht.

Aus Sicht der GEW Rheinland-Pfalz sprechen folgende Argumente gegen zentrale Abiturelemente:

- ein hoher bürokratischer Aufwand
- die hohe Anfälligkeit für „versehentlich“ vorab bekannt gewordene Prüfungsaufgaben
- das damit einhergehende Misstrauen in die Professionalität der Lehrkräfte
- der implizite Druck, dass wegen der angeblichen Vergleichbarkeit auch der Unterricht in der Oberstufe vereinheitlicht werden muss
- der Druck, der vor allem auf den Schülerinnen und Schüler lastet, bei denen der Unterricht, warum auch immer, häufiger ausfällt.

Wir begrüßen daher, dass in dem Festhalten an einigen dezentralen Abiturthemen der Wille der Landesregierung zu erkennen ist, zumindest teilweise am überlieferten Verfahren festzuhalten. Allerdings hat die Kombination der zwei Verfahren den Nachteil, dass die Kolleginnen und Kollegen einerseits selbst Prüfungsaufgaben erstellen und andererseits den eigenen Unterricht stark an den zentralen Prüfungselementen orientieren müssen. Zudem haben sie im G 9- System eineinhalb Stunden zusätzlich Unterricht. Hier gibt es zwei Möglichkeiten der Entlastung: die Streichung der 13er Vorhaltestunde oder den Wechsel auf ein volles G 9, also mit dem Abitur im Sommer statt im Winter.

Beides fordert die GEW schon seit langem und hält an diesen berechtigten Forderungen weiterhin fest.

## Personalsituation an Gymnasien - Wir brauchen endlich Zeit für mehr Zeit!

Die Belastungen der letzten beiden Jahre durch die COVID-19-Pandemie sind allorts zu spüren. In den betroffenen Gebieten sind zudem nach wie vor die Spuren der Hochwasserkatastrophe nicht zu übersehen. Schüler:innen, Erziehungsberechtigte und Lehrer:innen stoßen überall immer wieder an die eigenen Belastungsgrenzen. In diesen Zeiten muss der Arbeits- und Gesundheitsschutz stärker in den Fokus des Dienstherren und der Dienststellen rücken. Wo möglich, muss Entlastung geschaffen, statt auf zusätzlicher Leistung bestanden werden. Um einen konstant hohen Krankenstand zu verhindern, müssen Dienstherr und Dienststellen dafür Sorge tragen, dass geeignete Maßnahmen zur Erhaltung der Lehrergesundheit ergriffen werden, statt das schulische Personal durch zusätzliche Aufgaben, beispielsweise der Digitalisierung oder der Einführung des Schulcampus, zu belasten, ohne dafür eine angemessene Kompensation zu gewähren. Es muss eine echte Entlastung in Form von zusätzlichen Planstellen, Zuweisung von zusätzlichen (!) AEF-Stunden oder einer Absenkung des Deputats geschaffen werden! Eine unabdingbare Vertretungsreserve an allen Gymnasien zur Vermeidung von Unterrichtsausfall und einer zusätzlichen Belastung des Kollegiums ist zudem längst überfällig, da ansonsten weder eine kontinuierliche Unterrichtsversorgung noch das Aufholen von Lernrückständen nach COVID-19 gewährleistet werden kann!

Bezüglich des Arbeits- und Gesundheitsschutzes vor Ort haben die Schulleitungen laut Arbeitsschutzgesetz die Pflicht zur Durchführung von regelmäßigen Gefährdungsbeurteilungen. In Zeiten von COVID-19 ist dieses Thema umso brisanter, als dass noch immer nur wenige Schulen dieser Verpflichtung nachgekommen sind, geschweige denn ihre Gefährdungsbeurteilung regelmäßig aktualisieren. Im Hinblick auf den Anstieg physischer und psychischer Erkrankungen in Kollegien ist dies alarmierend! Der Anstoß für eine Gefährdungsbeurteilung kann auch initiativ durch den ÖPR vor Ort erfolgen, der bei einer Gefährdungsbeurteilung zudem in der Mitbestimmung ist. Kolleg:innen haben zudem jederzeit die Möglichkeit, eine Gefährdungsanzeige zu verfassen, wenn die Grenzen der Belastbarkeit erreicht oder gar überschritten werden. In besonderen Fällen, nämlich wenn Zweifel an der Rechtmäßigkeit einer Maßnahme oder eines Vorgangs an der Schule bestehen, ist die Remonstration das Mittel der Wahl - und die Pflicht des Landesbeamten gemäß Beamtenstatusgesetz!

Die Belastungen des Schulalltags betreffen ebenso den Bereich der Mehrarbeit bzw. Mehrleistung, für welche es seit Juni 2021 bereits eine Arbeitshilfe der GEW mit dem Titel „Arbeitszeit, Lehrkräfte-Arbeitszeit, Mehrarbeit, Vertretungskonzept“ gibt, die trotz Abstimmung der Inhalte mit der ADD und Hinweis durch Herrn Leibold (EPoS-Mail vom 03.11.2021) an vielen Schulen wenig Beachtung findet. Die hierin aufgeführten Möglichkeiten der Kompensation und die Regelungen zum Thema generell müssen vor Ort zu einem Umdenken und gegebenenfalls zu einer Umgestaltung des Vertretungskonzepts und der täglichen Praxis führen!

## Rückkehr zur alten Ferienregelung

Für die Ferienordnung nach 2024 sind keine Winter- oder Pfingstferien mehr vorgesehen. Stattdessen werden die restlichen Ferien nun wieder verlängert, damit sich auch wieder der notwendige Erholungseffekt einstellen kann. Hiermit wird eine Forderung der GEW Rheinland-Pfalz erfüllt. Die wechselnden Ferien haben an den Schulen viel Unruhe erzeugt und vor allem durch den frühen Unterrichtsbeginn nach den Weihnachtsferien für viel Stress bei den Kolleginnen und Kollegen gesorgt. Einzig die Erhöhung auf sechs bewegliche Ferientage pro Schuljahr bleibt von der 2015 eingeführten Reform erhalten.



Gewerkschaft  
Erziehung und Wissenschaft  
Rheinland-Pfalz

Martinsstraße 17  
55116 Mainz

Telefon: 06131 28988-0  
Fax: 06131 28988-80  
E-Mail: [gew@gew-rlp.de](mailto:gew@gew-rlp.de)

[www.gew-rlp.de](http://www.gew-rlp.de)  
[www.facebook.com/GEW.RLP](https://www.facebook.com/GEW.RLP)  
[twitter.com/gew\\_rlp](https://twitter.com/gew_rlp)



Gewerkschaft  
Erziehung und Wissenschaft  
Rheinland-Pfalz

Martinsstraße 17  
55116 Mainz

Telefon: 06131 28988-0  
Fax: 06131 28988-80  
E-Mail: [gew@gew-rlp.de](mailto:gew@gew-rlp.de)

[www.gew-rlp.de](http://www.gew-rlp.de)  
[www.facebook.com/GEW.RLP](https://www.facebook.com/GEW.RLP)  
[twitter.com/gew\\_rlp](https://twitter.com/gew_rlp)